



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 27. Januar 2023 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Zögern und Zaudern waren die meistgenutzten Worte der letzten Tage, die Politiker, Journalistinnen und andere Kommentatoren gebraucht haben, um die Haltung Deutschlands in der Frage der Lieferung von Leopard-2 Panzern zu beschreiben. Ich kann das Erfordernis einer durchdachten Abwägung in unruhigen Zeiten nachvollziehen und respektiere als Parlamentarier, dass Fragen von Rüstungsgutlieferungen in der Verfassungskompetenz der Bundesregierung liegen. Die Entscheidung, den Weg für die Lieferung freizumachen und zu öffnen, begrüße ich außerordentlich.

Allein: Auf dem Weg dahin ist ein großer und von der SPD-geführten Bundesregierung zu verantwortender außenpolitischer Flurschaden entstanden. Das Baltikum, Finnland, Polen und auch Frankreich haben ihre Verwunderung deutlich zur Kenntnis gegeben.

Auch wenn der Kanzler in dieser Woche mehrfach und richtigerweise betont hat, dass ein abgestimmtes Vorgehen in der Unterstützung der Ukraine ein Leitprinzip unserer Aktivitäten sein muss, kann einen der Verdacht beschleichen, dass die Mehrzeit insbesondere zur Beruhigung von SPD-Linken und ihres Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenichs er-

forderlich war. Die Einlassungen der Kolleginnen und Kollegen Strack-Zimmermann sowie Hofreiter, beides Koalitionsabgeordnete, können für sich stehen, wenngleich sie dem Kanzler im deutschen Fernsehen einen öffentlichen Aufruf zu mehr Disziplin in der Koalition abgerungen haben.

Darüber hinaus ist in dieser Woche der Jahreswirtschaftsbericht im Deutschen Bundestag debattiert worden. Anstelle der befürchteten Rezession können wir uns über ein kleines Plus bei der Wirtschaftsleistung freuen, wenn gleich die Herausforderungen im Bereich der Energieversorgung, des Fachkräftemangels und der ökologischen Transformation der Wirtschaft auch im kommenden Jahr im Vordergrund stehen. Vertreter meiner Fraktion haben vor allem die überbordende Bürokratie problematisiert, die es erforderlich mache, statt Ingenieuren oder anderen Berufsträgern vor allem Buchhalter zur Erfüllung zahlreicher Dokumentationspflichten einzustellen.

Anlässlich der Grünen Woche in Berlin habe ich mich sehr über royalen Besuch aus der Heimat gefreut. Die Apfelblütenkönigin Marie-Louise I und Bürgermeister Gregor Sommer haben eine 33-köpfige Delegation aus Wehrheim angeführt.

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Holocaust-Gedenktag
- Wahlrechtsreform: Bundestag verkleinern, Bürgerstimme stärken.
- Europa muss seine Standortbedingungen verbessern.
- Royaler Besuch einer Delegation aus Wehrheim.
- EU-Parlament beschließt: Müllexporte senken.



Holocaust-Gedenktag im Deutschen Bundestag

Im November 2005 erklärte die UN-Generalversammlung den 27. Januar zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust. Deutschland und andere Länder hatten den Gedenktag bereits zuvor eingeführt. Im Bundestag wird der Gedenktag jährlich begangen. Dem 27. Januar kommt ihre Bedeutung deshalb zu, weil an diesem Tag im Jahr 1945 die sowjetischen Streitkräfte das nationalsozialistische Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befreit hatten. Im Mittelpunkt der Gedenkstunde in diesem Jahr am 27. Januar 2023 stehen zum ersten Mal Menschen,

die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität im Nationalsozialismus verfolgt wurden.

Standpunkt: *Ich war tief bewegt von den Reden, die heute Morgen im Plenum des Deutschen Bundestags gehalten wurden und das Leid und die Erlebnisse von Holocaust-Opfern und Zeitzeugen in bislang öffentlich weniger bekannten Aspekten beleuchtet haben. Einer der Rednerinnen, Rozette Kats, hat ein beeindruckendes Plädoyer für Toleranz gehalten und bemerkte: „Jeder Mensch, der heute verfolgt wird, hat Anspruch auf unsere Anerkennung und unseren Schutz“. Zurecht erhob sie den Anspruch an die Gesellschaft, dass Diskriminierung daher niemals als normal gelten dürfe, sondern als „schreckliche Abweichung“.* •

Wahlrechtsreform: Bundestag verkleinern, Bürgerstimme stärken.

Der in erster Lesung beratene Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform war Gegenstand einer intensiven Beratung im Deutschen Bundestag. Der Ampel-Vorschlag ist eine feste Begrenzung des Bundestages auf 598 Abgeordnete bei 299 Wahlkreisen. Die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag soll sich dabei allein an den abgegebenen „Hauptstimmen“ orientieren. Überhang- und Ausgleichsmandate werden abgeschafft. Wenn in einem Bundesland mehr Direktmandate anfallen als einer Partei nach dem Hauptstimmenergebnis zustehen, werden diese überhängenden Direktmandate „gekappt“. Mit anderen Worten: ein gewonnener Wahlkreis ist noch längst kein gewonnener Wahlkreis. Manche Wahlkreise werden so ohne Abgeordneten in Berlin sein. Die Bürgerstimme wird also entwertet.

Standpunkt: Ich bin erstaunt über das Maß der mangelnden Kompromissbereitschaft sowie der Ignoranz gegenüber verfassungsrechtlichen Bedenken, die aus der Politik und Staatsrechtslehre geäußert wurden. Auch unser Ziel ist eine spürbare Reduzierung der Größe des Bundestags. Aber wir wollen den großen Wert und die Vertrauensbindung, die mit der Bürgerstimme einhergeht, erhalten. Ich bin gespannt, ob die Ampel auf unsere fünf konkreten Punkte für einen Kompromiss eingehen wird. •

Europa muss seine Standortbedingungen verbessern.

Das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung (Inflation Reduction Act) ist zu Anfang des Jahres in Kraft getreten. Es sieht massive Subventionen in dreistelliger Milliardenhöhe für Investitionen in Klimaschutz, erneuerbare Energien und saubere Technologien in den USA vor. In der EU werden Wettbewerbsverzerrungen und eine Verlagerung von Industrie nach Nordamerika befürchtet.

Standpunkt: Angesichts der Förderung der Industrie in Nordamerika und den hier stark gestiegenen Energiekosten muss Europa seine Standortbedingungen und Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Bundesregierung und EU-Kommission müssen sich in Washington, D.C. entschieden für eine Gleichbehandlung europäischer Unternehmen einsetzen. Die monatelange Untätigkeit der Bundesregierung gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa. Seit Monaten warten Wirtschaft und unsere europäischen Partner auf eine klare Position der Bundesregierung zum U.S.-Gesetz zur Inflationsbekämpfung. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken. Dazu zählt ein nationales und europäisches Belastungsmoratorium, eine Vertiefung insbesondere der transatlantischen Handelsbeziehungen und gezielte Anreize für Innovation und Investitionen in Europa. •



Die Begegnung der Woche:

Royaler Besuch einer Delegation aus Wehrheim.

Königlicher Besuch aus der Heimat: Ich habe mich sehr gefreut, eine große Delegation aus Wehrheim gestern im Bundestag zu begrüßen. Angeführt von der diesjährigen Apfelblütenkönigin Marie-Louise I. und Bürgermeister Gregor Sommer verbrachte die 33-köpfige Gruppe einige spannende Tage in Berlin, bei denen der Besuch der Grünen Woche im Mittelpunkt stand. Seit vielen Jahren zeigt Wehrheim dort Präsenz und wirbt für unsere schöne Taunusheimat. Vielen Dank für euer jahrelanges Engagement! Gerne haben mein Büro und ich ein kleines politisches Rahmenprogramm am gestrigen Montag organisiert, bei denen eine Führung durch den Bundestag und der Besuch des Bundesrates auf der Agenda standen. Eine Diskussionsrunde mit mir kam selbstverständlich auch nicht zu kurz. Schön, dass ihr da wart! •

Die gute Nachricht der Woche:

EU-Parlament beschließt: Müllexporte senken.

Das Europäischen Parlament hat kürzlich einen Reformvorschlag der Europäischen Kommission beschlossen, künftig weniger Müll in ärmere Länder zu exportieren. Immer wieder wird Müll nach Angaben der Kommission nicht anständig recycelt und landet etwa im Meer oder auf illegalen Deponien. Das resultiert in erheblichen Umwelt- und Gesundheitsschäden. Darüber hinaus: Wenn Müll nicht recycelt werde, gehen dadurch wichtige Ressourcen verloren, die möglicherweise wiederverwendet werden könnten. Eine christdemokratische Kollegin, die dänische EVP-Abgeordnete, bemerkte: „Wir müssen im Binnenmarkt Abfälle in Ressourcen umwandeln und uns so besser um unsere Umwelt und Wettbewerbsfähigkeit kümmern“. Mit diesem Geist stärken wir die Kombination von Umweltschutz und Marktwirtschaft! •